

Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Frühjahrssession 2018

Im **Nationalrat** werden in dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Mehrere Vorstösse widmen sich der Armutsreduktion insbesondere von Familien. Dabei zielen zwei Vorstösse auf die Prämienverbilligung der Krankenkassenprämien ab (das Postulat [„Prämienverbilligung bei den Krankenkassen verbessern und vereinheitlichen“](#) und die Motion [„Prämien für die obligatorische Krankenversicherung. Höchstens 10 Prozent des Haushaltsbudget“](#)), während das [Postulat von Nationalrätin Schmid-Federer](#) auf bedarfsabhängige Kinderzulagen zielt. Eine Reihe von Vorstössen widmet sich der digitalen Bildung, zum Beispiel durch den Aufbau eines digitalen Bildungsraums ([„Digitalisierung und informatische Bildung. Gemeinsame Weiterentwicklung des digitalen Bildungsraums“](#)) oder der Ausweitung des Informatikunterrichts auf die Primarschule [„Informatikunterricht ab der Primarschule.“](#))

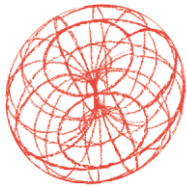
Weiter widmet sich eine Motion der Kommission für Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats einer [„kohärenten Gesetzgebung für Sans-Papier“](#). Die Motion will die Rechtsansprüche von *Sans-Papiers* auf und aus Sozialversicherungen beschränken, Strafen für Arbeitgeber und Vermieter von *Sans-Papiers* erhöhen und den Datenaustausch zwischen staatlichen Stellen erleichtern. Insbesondere letzter Punkt tangiert ein zentrales kinderrechtliches Anliegen: Die Motion verlangt, dass Schulen künftig ihre Daten an Migrationsbehörden weitergeben. Damit besteht die Gefahr, dass viele *Sans-Papiers*-Familien aus Angst vor Entdeckung und Ausschaffung ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken. Der Vorstoss stellt somit eines der wichtigsten Kinderrechte – das Recht auf Bildung – in Frage.

Im **Ständerat** steht die Behandlung der Umsetzung der Volksinitiative [„Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“](#) auf dem Programm. Der Nationalrat hat in der vergangenen Wintersession entschieden, dass in gewissen, besonders leichten Fällen, Personen, die wegen sexuellen Handlungen mit Minderjährigen vorbestraft wurden auch in Zukunft mit Kindern und Abhängigen arbeiten dürfen. Ein einmal ausgesprochenes Verbot, mit Kindern oder Abhängigen zu arbeiten, soll aber nicht nachträglich aufgehoben werden können. Nationalrat und Ständerat sind sich jedoch noch nicht einig, welche Delikte ein solches Verbot nach sich ziehen sollen. Der Ständerat wird diese Differenzen erneut beraten.

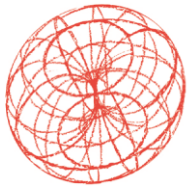
Weiter von Interesse ist die Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats, die einen [Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme](#) fordert. Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, einen Entwurf vorzulegen, um den aktuell geltenden Status der vorläufigen Aufnahme zu ersetzen. Neu soll ein neuer Status der voraussichtlich länger dauernden Schutzgewährung geschaffen werden. Insbesondere für Minderjährige ist der Status der vorläufigen Aufnahme im Bildungs- und Ausbildungsbereich mit grossen Schwierigkeiten verbunden (z.B. bei der Lehrstellensuche). Zur Ausarbeitung der Vorlage wird eine Expertenkommission eingesetzt, in der die Kantone, die Kommunalverbände und weitere betroffene Kreise vertreten sind. Der Nationalrat hat der Motion bereits zugestimmt. Ebenfalls wird sich der Ständerat mit der Motion der [eigenen Staatspolitischen Kommission befassen, die nur punktuelle Anpassungen am Status der vorläufigen Aufnahme fordert](#).

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

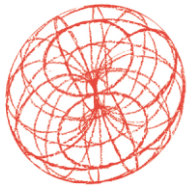
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



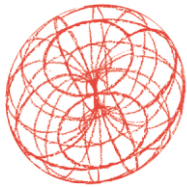
Datum	Nationalrat	Ständerat
26.02.2018	<p>17.048 (Geschäft des Bundesrats): Genetische Untersuchung beim Menschen. Bundesgesetz.</p> <p>Der Bundesrat will den Persönlichkeitsschutz bei genetischen Untersuchungen stärken Das Angebot an genetischen Tests hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Um Missbräuchen vorzubeugen und den Schutz der Persönlichkeit zu gewährleisten, wird das Gesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) umfassend revidiert. Es regelt neu auch genetische Tests ausserhalb des medizinischen Bereichs. Weiter regelt das Gesetz auch pränatale Bluttests. Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass weiterhin nur Eigenschaften abgeklärt werden dürfen, die die Gesundheit des werdenden Kindes beeinträchtigen. Zudem wird festgeschrieben, dass die Eltern erst nach der 12. Schwangerschaftswoche über das Geschlecht des Ungeborenen informiert werden dürfen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-NR) beantragt ihren Rat, auf die Vorlage einzutreten und diese mit den gemachten Änderungsvorschlägen zu übernehmen. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	



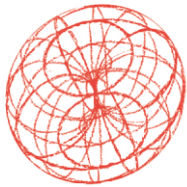
Datum	Nationalrat	Ständerat
26.02.2018	<p>Vorstösse aus dem Departement des Innern (weitere Behandlungstermine: 7. März und 17. März)</p> <p>17.3877 (Postulat Grüne Fraktion): Prämienverbilligung bei den Krankenkassen verbessern und vereinheitlichen. Der Bundesrat wird gebeten, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Praxis der Prämienverbilligung in den Kantonen verbessert und vereinheitlicht werden kann; dies mit dem Ziel, die Funktion der Prämienverbilligungen als Korrektiv der unsozialen Kopfprämien in der Schweiz für Menschen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu gewährleisten und die Prämienlast auf ein verträgliches Mass zu begrenzen (insbesondere für Familien). Das mit der Einführung des KVG seinerzeit formulierte Sozialziel (Prämienbelastung von maximal 8 Prozent des Einkommens) wird heute klar verfehlt. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <p>16.3498 (Motion Sozialdemokratische Fraktion): Prämien für die obligatorische Krankenversicherung. Höchstens 10 Prozent des Haushaltsbudgets. Der Bundesrat wird ersucht, das Krankenversicherungsgesetz und allenfalls weitere Gesetzesgrundlagen dahingehend zu ändern, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines Haushaltsbudgets für Prämien der obligatorischen Krankenversicherung aufwenden muss. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	



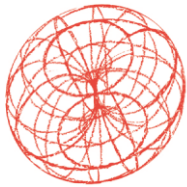
Datum	Nationalrat	Ständerat
26.02.2018	<p>16.3517 (Postulat Schmid-Federer): Das harte Los pflegender Kinder besonders anschauen.</p> <p>Der Bundesrat wird gebeten, seinen Bericht "Unterstützung für betreuende und pflegende Angehörige" vom 5. Dezember 2014 um folgende Punkte zu erweitern: Handlungsfeld 3: Erweiterung auf die Vereinbarkeit von Schul- und Berufsbildung mit Angehörigenbetreuung und -pflege. Handlungsfeld 4: Erhöhung der Flexibilität auch bei der Schul- und Berufsbildung (Vermeidung von Absenzen und Abbrüchen im Bildungsbereich), um einerseits den Anforderungen des heutigen Arbeitsmarktes zu genügen und andererseits Bildungsbenachteiligungen zu vermeiden. Ebenfalls unerlässlich ist, dass alle vier Handlungsfelder auf pflegende und betreuende Angehörige unter 15 Jahren erweitert werden zwecks Einführung, Umsetzung und gesetzlicher Verankerung von zielgruppenorientierten Unterstützungsmassnahmen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p>16.3804 (Postulat Schmid-Federer): Bedarfsabhängige Kinderzulagen als gezielte Massnahme zur Bekämpfung der Familienarmut.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, auf welche Weise neu bedarfsabhängige Zulagen eingeführt werden könnten, mit denen finanziell schlechtgestellte Familien gezielt unterstützt werden könnten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p>	



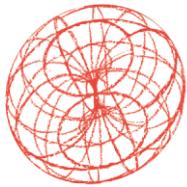
Datum	Nationalrat	Ständerat
28.02.2018	<p>Parlamentarische Vorstösse aus dem Eidgenössischen Finanzamt (weiterer Behandlungstermin: 6. März):</p> <p><u>17.3884</u> (Postulat Bertschy): Generationenbilanzierung aktualisieren. Der Bundesrat wird beauftragt, die Generationenbilanzierung zu aktualisieren und aufzuzeigen, wie hoch die finanziellen Belastungen der laufenden und geplanten staatlichen Aufgaben, Verpflichtungen und Sozialwerke für aktuelle und kommende Generationen geschätzt werden und wie sich das Verhältnis von finanzieller Belastung und Leistungsbezügen zwischen den verschiedenen Geburtskohorten unterscheidet. Er prüft dabei auch, inwiefern die Bilanzierung auf weitere Bereiche zu erweitern ist. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p>Parlamentarische Vorstösse aus dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung:</p> <p><u>16.3184</u> (Motion (Fricker) Arslan): Digitalisierung und informatische Bildung. Gemeinsame Weiterentwicklung des digitalen Bildungsraums. Der Bundesrat wird beauftragt, den Bildungsraum Schweiz gemäss Artikel 61a der Bundesverfassung durch den partnerschaftlich aufzubauenden digitalen Bildungsraum weiterzuentwickeln. Dazu fasst der Bund zusammen mit den Kantonen (EDK) die bestehenden IKT-Strategien und die entsprechenden Organe in einer gemeinsamen nationalen Strategie und gemeinsamen Organen zusammen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt das Postulat als Erstrat.</p>	<p><u>16.048</u> (Geschäft des Bundesrates): StGB und MStGB. Umsetzung von Art. 123c BV Mit der Annahme der Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ wurde die Bundesverfassung mit dem neuen Artikel 123c um ein Tätigkeitsverbot für Personen, die wegen Sexualdelikten mit Minderjährigen verurteilt wurden, ergänzt. Dieses Tätigkeitsverbot muss durch eine Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes konkretisiert werden. Die Botschaft zur Umsetzung der Initiative sieht vor, dass Personen, die wegen sexuellen Handlungen mit Minderjährigen verurteilt wurden, künftig ausnahmslos nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Um dem zentralen rechtsstaatlichen Anliegen der Verhältnismässigkeit zu entsprechen, sind insbesondere für Fälle von sogenannten Jugendlieben Ausnahmen vom Tätigkeitsverbot möglich. Bei pädophilen Straftätern im Sinne der Psychiatrie sind allerdings weder Ausnahmen noch Überprüfungen möglich. Für sie muss das Gericht zwingend und immer ein lebenslängliches Tätigkeitsverbot anordnen. Der Ständerat hat dem Umsetzungsgesetz mit 26 zu 12 Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt. Er will jedoch im Gegensatz zum Bundesrat, dass ein einmal verhängtes Verbot mit Kindern zu arbeiten, nicht mehr aufgehoben werden kann. Der Nationalrat folgte mehrheitlich dem Ständerat, noch keine Einigkeit gibt es bei den Delikten, die ein solches Verbot nach sich ziehen: Der Nationalrat ist dagegen, leichte Straftaten aus dem Katalog der Anlasstaten zu streichen. Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat. Der Ständerat behandelt die Differenzen zum Nationalrat.</p>



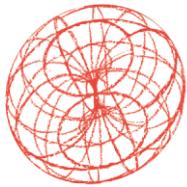
Datum	Nationalrat	Ständerat
	<p><u>16.3474</u> (Postulat de Courten): Effizienz- und Qualitätsge- winn im Schweizer Bildungswesen. Der Bundesrat wird ersucht, die Effizienz und Qualität im Schweizer Bildungswesen zu überprüfen und darüber Bericht zu erstatten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Pos- tulats, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p><u>16.3589</u> (Postulat Rytz): Bericht über die Diskriminierung von Eltern auf dem Arbeitsmarkt und ein Aktionsplan als Gegenstrategie. Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zum Stand der Diskriminierung von Eltern im Arbeitsmarkt zu erarbeiten und als Gegenstrategie dazu einen Aktionsplan vorzulegen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann nur verbessert wer- den, wenn Diskriminierungen verhindert werden und eine fami- lienfreundliche Erwerbsarbeitskultur geschaffen wird. Der Bun- desrat beantragt die Ablehnung, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p><u>16.3604</u> (Motion Derder): Informatikunterricht ab der Pri- marschule. Der Bundesrat wird beauftragt, ein Programm auszuarbeiten, mit dem für die Kantone Anreize geschaffen werden, einen Informatikunterricht ab der Primarschule zu entwickeln und das Verständnis für das Funktionieren von Computerprogrammen und für ihre Rolle als Pfeiler der digitalisierten Welt zu fördern. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Natio- nalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	
06.03.2018		<p><u>17.054</u> (Geschäft des Bundesrats): Beiträge an internationale Sportanlässe 2020/2021 und Sportanlagen von nationaler Bedeutung. Finanzhilfen (NASAK 4). In den Jahren 2020 und 2021 ist die Schweiz Schauplatz von drei internationalen Sportgrossanlässen. Der Bundesrat will diese mit insgesamt 25,5 Millionen unterstützen. Dazu gehören auch die Olympischen Jugendspiele 2020 in Lausanne.</p>



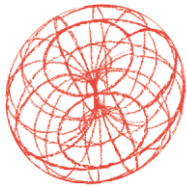
Datum	Nationalrat	Ständerat
06.03.2018		17.3605 (Motion Gmür-Schönenberger): Aufhebung des Moratoriums für neue „Jugend und Sport“-Sportarten. Der Bundesrat wird beauftragt, die "Jugend und Sport"-Rechtsgrundlagen so anzupassen, dass das Moratorium für neue "Jugend und Sport"-Sportarten aufgehoben wird. Für bisher unterstützte Sportarten, insbesondere Kleinstsportarten, soll grundsätzlich Besitzstandwahrung gelten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung, der Nationalrat hat die Vorlage angenommen.
07.03.2018	16.048 (Geschäft des Bundesrates): StGB und MStGB. Umsetzung von Art. 123c BV Mit der Annahme der Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ wurde die Bundesverfassung mit dem neuen Artikel 123c um ein Tätigkeitsverbot für Personen, die wegen Sexualdelikten mit Minderjährigen verurteilt wurden. Dieses Tätigkeitsverbot muss durch eine Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes konkretisiert werden. Die Botschaft zur Umsetzung der Initiative sieht vor, dass Personen, die wegen sexuellen Handlungen mit Minderjährigen verurteilt wurden, künftig ausnahmslos nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Um dem zentralen rechtsstaatlichen Anliegen der Verhältnismässigkeit zu entsprechen, sind insbesondere für Fälle von sogenannten Jugendlieben Ausnahmen vom Tätigkeitsverbot möglich. Bei pädophilen Straftätern im Sinne der Psychiatrie sind allerdings weder Ausnahmen noch Überprüfungen möglich. Für sie muss das Gericht zwingend und immer ein lebenslängliches Tätigkeitsverbot anordnen. Der Ständerat hat dem Umsetzungsgesetz mit 26 zu 12 Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt. Er will jedoch im Gegensatz zum Bundesrat, dass ein einmal verhängtes Verbot mit Kindern zu arbeiten, nicht mehr aufgehoben werden kann. Der Nationalrat folgte mehrheitlich dem Ständerat, noch keine Einigkeit gibt es bei den Delikten, die ein solches Verbot nach sich ziehen: Der Nationalrat ist dagegen, leichte Straftaten aus dem Katalog der Anlasstaten zu streichen. Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat.	-



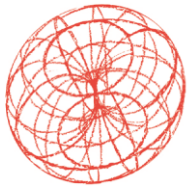
Datum	Nationalrat	Ständerat
07.03.2018	<p>18.3005 (Motion SGK-NR): Für eine kohärente Gesetzgebung zu Sans-Papiers.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, im Sinne einer kohärenten Gesetzgebung zu Sans-Papiers, Massnahmen und Gesetzesanpassungen in folgenden Bereichen vorzuschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Rechtsansprüche auf und aus Sozialversicherungen (namentlich AHV und Krankenversicherung) sind auf Personen mit geregelter Aufenthaltsstatus zu beschränken. Vorbehalten bleiben Sozialversicherungsabkommen.- Sicherstellung der Versorgung von Sans-Papiers im Krankheitsfall durch eine staatlich finanzierte Anlaufstelle.- Verschärfung der Strafnormen für Arbeitgeber von Sans-Papiers, Arbeitsvermittler für Sans-Papiers und Vermieter von Mietobjekten an Sans-Papiers.- Erleichterung des Datenaustausches zwischen staatlichen Stellen betreffend Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus (Bspw. für Schulbesuche und individuelle Förderung).- Konkretisierung der Härtefallkriterien gemäss Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) für langjährig anwesende, "integrierte" (d.h. erwerbstätig, nicht sozialhilfebedürftig und nicht straffällig) Sans-Papiers, insbesondere für Familien mit Kindern in Ausbildung. <p>Eine Minderheit (Feri Yvonne, Carobbio Guscetti, Gysi, Häsler, Heim, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia, Schmid-Federer) beantragt die Ablehnung der Motion.</p>	



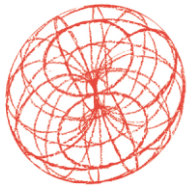
Datum	Nationalrat	Ständerat
07.03.2017	<p>Parlamentarische Vorstösse aus dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (weiterer Behandlungstermin: 15. März):</p> <p><u>16.3436</u> (Motion Fraktion SVP): Kesb. Rechtsgarantie. Der Bundesrat wird beauftragt, das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht so zu ändern, dass bei Anhörungen und Befragungen von Kindern und Erwachsenen in der Regel Wortprotokolle erstellt werden müssen. Summarische Zusammenfassungen sollen nur ausnahmsweise und nach den im Gesetz festgelegten Kriterien zulässig sein. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p><u>16.3520</u> (Motion Quadranti): Massnahmen zur beruflichen Integration von jungen Flüchtlingen mit Bleibeperspektive. Der Bundesrat wird beauftragt: 1. die Finanzierung der Triage und der vorbereitenden Angebote zur Qualifizierung geflüchteter Jugendlicher und junger Erwachsener (anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene) für einen Sekundarstufe-II-Abschluss in Absprache mit den Kantonen zu regeln; 2. das Budget des Bundes für die Integrationsmassnahmen per Nachtragskredit 2016 und in den folgenden Jahren so zu erhöhen, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Bleibeperspektive von den Kantonen gezielt auf das Absolvieren eines Sekundarstufe-II-Abschlusses vorbereitet werden können; 3. das geplante Pilotprojekt "Flüchtlingvorlehre" bereits 2017 und nicht erst 2018 zu starten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p>	



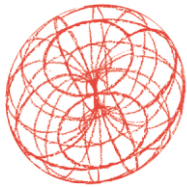
Datum	Nationalrat	Ständerat
07.03.2017	<p>16.3695 (Postulat Feri): Anstossfinanzierung für Unterkünfte für von häuslicher Gewalt betroffene Personen. Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob eine Anstossfinanzierung durch den Bund, wie dies zur Finanzierung von Kitas gehandhabt wird, ebenfalls eine Option für Frauen-, Kinder- und Männerhäuser wäre. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p>16.3916 (Motion Rickli): Verbot von Kinderehen. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament folgende Revision von Artikel 105 Ziffer 6 ZGB (Minderjährigkeit als Grund für unbefristete Eheungültigkeit) vorzulegen: 6. einer der Ehegatten minderjährig ist. (Der zweite Teil des Satzes "es sei denn, die Weiterführung der Ehe entspricht den überwiegenden Interessen dieses Ehegatten" ist zu streichen). Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p>16.4114 (Motion Reynard): Organisation einer dringlichen nationalen Konferenz zur erleichterten Integration von Flüchtlingen in das Bildungssystem. Der Bundesrat wird beauftragt, eine dringliche nationale Konferenz zu organisieren, die den Zugang von Flüchtlingen zur Bildung zum Inhalt hat und alle betroffenen Akteure zusammenbringt. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	
12.03.2018	<p>17.054 (Geschäft des Bundesrats): Beiträge an internationale Sportanlässe 2020/2021 und Sportanlagen von nationaler Bedeutung. Finanzhilfen (NASAK 4). In den Jahren 2020 und 2021 ist die Schweiz Schauplatz von drei internationalen Sportgrossanlässen. Der Bundesrat will diese mit insgesamt 25,5 Millionen unterstützen. Dazu gehören auch die Olympischen Jugendspiele 2020 in Lausanne.</p>	<p>17.4216 (Interpellation Stöckli): Wie koordiniert das WBF seine Politik zugunsten einer breiten Mittelschicht? Der Interpellant möchte vom Bundesrat insbesondere wissen, wie das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Politik zur Prävention von Armut koordiniert, insbesondere auch, wie die Erkenntnisse aus dem Nationalen Programm zur Prävention von Armut genutzt werden.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
14.03.2018		<p><u>18.3002</u> (Motion SPK-SR): Punktuelle Anpassung des Status der vorläufigen Aufnahme.</p> <p>Die Motion will den heutigen Status der vorläufigen Aufnahme grundsätzlich beibehalten. Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf mit punktuellen Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme vorzulegen, um die höchsten Hürden für die Integration in den Arbeitsmarkt für Personen, die längerfristig in der Schweiz bleiben, zu beseitigen. Zu prüfen sind insbesondere: die Änderung des Begriffs "vorläufige Aufnahme" und die Erleichterungen beim Kantonswechsel zwecks Erwerbstätigkeit.</p> <p><u>17.3270</u> (Motion SPK-NR): Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, einen Entwurf mit den nötigen Gesetzesänderungen vorzulegen, um den aktuell geltenden Status der vorläufigen Aufnahme durch einen Status zu ersetzen, der in seinen Eckpunkten den Vorschlägen der Variante 2 des Anhangs zum Bericht des Bundesrates vom 12. Oktober 2016 entspricht. Damit soll ein neuer Status der voraussichtlich länger dauernden Schutzgewährung geschaffen werden. Insbesondere für Minderjährige ist der Status der vorläufigen Aufnahme im Bildungs- und Ausbildungsbereich mit grossen Schwierigkeiten verbunden (z.B. bei der Lehrstellensuche). Zur Ausarbeitung der Vorlage wird eine Expertenkommission eingesetzt, in der die Kantone, die Kommunalverbände und weitere betroffene Kreise vertreten sind. Der Nationalrat stimmte der Motion bereits zu. Der Ständerat hat die Vorlage im Herbst an die Kommission zurück gewiesen und diese beauftragt, zuerst Vertreter von Kantonen, Städten und Gemeinden anzuhören. Der Ständerat befasst sich mit der überarbeiteten Vorlage der Kommission.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.03.2018	<p>Parlamentarische Vorstösse des Departements für auswärtige Angelegenheiten:</p> <p>17.3595 (Postulat Béglé): Grundbildung und Berufsbildung. Die Schweizer Erfahrungen in den ärmsten Ländern der Welt bekanntmachen. Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie unsere Erfahrungen in der Grundbildung und der Berufsbildung am besten der Realität in den Entwicklungsländern, namentlich den ärmsten Ländern der Welt, angepasst werden könnten. Bildung ist eine der Prioritäten der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2017-2020. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.</p>	<p>17.3860 (Motion Baumann): Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung. Der Bundesrat wird aufgefordert, das Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG; SR 836.2) so zu ändern, dass in allen Kantonen ein voller Lastenausgleich zwischen den Kassen eingeführt wird. Ziel der Änderung ist, dass dank dem vollen Lastenausgleich alle Arbeitgeber und ihre Familienausgleichskasse innerhalb des Kantons mittel- und langfristig eine sehr ähnliche Beitragsbelastung aufweisen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion.</p> <p>17.4049 (Interpellation Fournier): Muss schwere Legasthenie nicht von der IV anerkannt und in die gestützt auf Artikel 13 Absatz 2 IVG erlassene Liste im Anhang der Verordnung über Geburtsgebrechen (GgV) aufgenommen werden? Der Interpellant hat verschiedene Fragen dazu, insbesondere ob der Bundesrat bereit ist, in einer Studie zu untersuchen, wie sich die Krankheit in der Schweiz entwickelt hat und zu analysieren, wie sich die zusätzlich anfallenden Kosten der IV, die durch eine verspätete und unangemessene Behandlung in den Kantonen entstehen, entwickeln.</p> <p>17.4205 (Interpellation Seydoux-Christe): Bericht über die Umsetzung der Agenda 2030 durch die Schweiz. Der Bundesrat wird gebeten, verschiedene Fragen betreffend die Berichte über den Stand der Arbeiten zur Umsetzung der Agenda 2030 zu beantworten. Insbesondere in Bezug auf die Armutsbekämpfung von Familien und Kindern.</p> <p>17.4214 (Interpellation Stöckli): Werbung für ungesunde Lebensmittel. Wie können wir Kinder schützen? Die Werbung für ungesunde Lebensmittel mit zu hohem Fett-, Zucker oder Salzgehalt beeinflusst unser Essverhalten negativ. Besonders betroffen sind Kinder. Welches sind die geeigneten Massnahmen, um Kinder zu schützen?</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.03.2018		<p><u>17.4215</u> (Interpellation Stöckli): Höhere Flexibilität bei der Anwendung des TQV gefordert.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt Stellung zu nehmen, wann auf einen therapeutischen Quervergleich (TQV) verzichtet werden kann bei der Aufnahme neuer Therapien in die Spezialitätenliste (SL), um Betroffenen den raschen Zugang zu neuen, innovativen Therapien zu gewährleisten, für die keine adäquate Alternative besteht. Insbesondere wird der Bundesrat gebeten zu beantworten, wie er gedenkt von Geburtsgebrechen betroffenen Kindern den Zugang zu überlebensnotwendigen Therapien rasch zu gewährleisten.</p>
16.03.2018	Schlussabstimmungen.	